

An den  
CDU Fraktionsvorsitzenden  
Herrn Karl-Josef Laumann  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

**mobifair**  
für fairen  
Wettbewerb in der  
Mobilitätswirtschaft e. V.

Adresse:  
Westendstraße 52  
60325 Frankfurt/Main

Telefon:  
(0 69) 27 13 99 66

Telefax:  
(0 69) 27 13 99 6 - 77

E-Mail:  
info@mobifair.eu

07.07.2010

## **Fairer Wettbewerb im Schienenverkehr / Landestariftreuegesetz**

Sehr geehrter Herr Laumann,

im Rahmen der nationalen Umsetzung europäischer Vorgaben haben in den letzten Jahren die wettbewerblichen Vergaben von Verkehrsdienstleistungen bzw. verkehrsnahen Dienstleistungen im Schienenbereich in einem außerordentlich hohen Maße zugenommen, speziell im Schienenpersonennahverkehr (SPNV).

Leider müssen wir feststellen, dass durch Wettbewerbsverfahren im SPNV, die sich fast ausschließlich am Preis der zu vergebenden Leistung entscheiden, mittlerweile ein erhebliches Lohn- und Sozialgefälle als negative Begleiterscheinung abzeichnet.

Der Verein für fairen Wettbewerb in der Mobilitätswirtschaft – mobifair e. V. setzt sich traditionell für gute und soziale Beschäftigungsbedingungen im Bereich Eisenbahn ein. Es ist uns daher ein wichtiges Anliegen, dass die Beschäftigten im zunehmenden, auch internationalen Wettbewerb unter den Verkehrsunternehmen im wahrsten Sinne des Wortes nicht „auf der Strecke bleiben“. Leider sieht die Realität häufig anders aus; Lohn- und Sozialdumping sind oft unmittelbare Folgen eines unfairen Wettbewerbs mit erheblichen negativen Auswirkungen für die betroffenen Beschäftigten.

Die Mitglieder des Vereins beobachten diese Entwicklungen mit großer Sorge!



Negative Auswirkungen des Wettbewerbs auf die Beschäftigten sind insbesondere:

- erhebliches Absinken des Lohngefüges, geringere Einkommen der Beschäftigten
- mangelnde berufliche Perspektive für die Beschäftigten
- Wegfall / Abbau sozialer Leistungen

Aus diesem Grunde ist es nunmehr dringend erforderlich, dass die Aufgabenträger in den Bundesländern gesetzlich verpflichtet werden, die durch die EU Verordnung 1370/2007/EG (betreffend öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße) eröffneten Möglichkeiten zur Durchführung fairer Wettbewerbsverfahren und zur Sicherung sozialer Standards konsequent zur Anwendung zu bringen und diese nachhaltig zu gewährleisten.

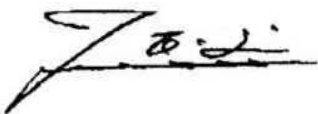
Konkret fordern wir, dass die Bundesländer mittels Tariftreugesetze entsprechende gesetzliche Mindestanforderungen und Rahmenbedingungen festlegen und vorschreiben:

- Mindestlohn in Höhe von 8,50 €
- Anwendung mindestens der regional üblichen Tarifverträge (repräsentative TV?)
- faire Regelung des Personalübergangs/der Personalübernahme bei Betreiberwechsel
- gute soziale Bedingungen / Förderung von beruflicher Aus- und Weiterbildung
- Förderung der Chancengleichheit / Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben
- Gewährleistung einer hohen Sicherheit für Kunden und Mitarbeiter– stärkere Besetzung der Züge mit Zugbegleitpersonal
- Ausweitung der Regelungen auch auf die Leiharbeitnehmer und Leiharbeitnehmerinnen

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass der SPNV einen maßgeblichen Beitrag zum Umweltschutz leistet und ein elementarer Bestandteil der staatlichen Daseinsfürsorge ist.

Gerne sind wir bereit, unsere Überlegungen zum verkehrspolitischen Thema „Tariftreugesetze der Länder“ in einem persönlichen Gespräch vertieft zu diskutieren und bitten daher zugleich um Unterbreitung entsprechender Terminvorschläge.

Mit freundlichen Grüßen



Karl-Heinz Zimmermann  
Vorsitzender



Helmut Diener  
Geschäftsführer



